Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Ordnung und Gewerbe
Haderlein, Lukas Telefon: 07071 204-2635
Gesch. Z.: /

Vorlage 39/2025
Datum 07.03.2025

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Kenntnis im **Ortsbeirat Stadtmitte**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: **Änderung der Richtlinien über die Erteilung von
Sondernutzungserlaubnissen auf öffentlichen
Verkehrsflächen**
Bezug: 22/2025, 509b/2010
Anlagen: Änderungssatzung Richtlinien Außengastronomie Anlage 1

Beschlussantrag:

Die Richtlinien über die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen werden hinsichtlich der Außenbewirtschaftung auf öffentlicher Fläche gem. Anlage 1 geändert.

Finanzielle Auswirkungen

keine

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Im Zuge des Altstadtrahmenplans wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Belange der Altstadt beleuchtet und Änderungsvorschläge erarbeitet, um die Altstadt zukunftsgerichtet aufzustellen.

Auch die Außenbewirtschaftung der Gastronomie und der gastronomieverwandten Betriebe auf öffentlicher Fläche soll nun zeitgemäß und an die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden.

2. Sachstand

Während der Corona-Pandemie wurde der Gastronomie gestattet, die Außengastronomie zu erweitern. Dies geschah im Zuge des „Tübinger Modells“ zur Abschwächung der negativen Auswirkungen der Pandemie-Beschränkungen auf die Gastronomie.

Nach Ende der Einschränkungen wurden die vergrößerten Flächen der Außengastronomie nur teilweise wieder auf den alten Stand zurückgebaut.

Viele Gastronomen und Gastronominnen äußerten den Wunsch, auch weiterhin eine größere Außenfläche als vor der Corona-Pandemie zu bewirtschaften. Auch seitens des Kundenverhaltens ist eine deutliche Verhaltensänderung zu spüren. Waren früher auch an Sonnentagen Plätze im Inneren der Gastronomie begehrt, so spielt sich heute das gastronomische Leben im Sommer weitgehend auf der Außenfläche ab.

Doch nicht nur in der typischen Sommersaison erfährt die Außengastronomie regen Zulauf, auch in den Übergangsmoaten und an milden Wintertagen wünscht die Kundschaft mittlerweile im Freien zu sitzen.

Darüber hinaus entwickelten sich zunehmend Gewerbebetriebe, welche neben dem Lebensmitteleinzelhandel in untergeordnetem Maße auch gastronomische Angebote unterbreiten (sog. Mischbetriebe). Im Rahmen der Vorlage 509b/2010 beschloss der Gemeinderat am 22.11.2010, dass auch solche Betriebe bis zu 10 Innen-Sitzplätze anbieten dürfen.

Die Verwaltung erteilte diesen Betrieben fortan die Erlaubnis, im Freien die Hälfte der im Inneren genehmigten Sitzplätze anzubieten. Im Gegenzug zur konzessionierten Gastronomie wird hier die Erlaubnis nicht nur für eine Fläche, sondern weiter beschränkt auf eine bestimmte Anzahl an Sitzplätzen erteilt.

Im Altstadtrahmenplanprozess wurde ein Konzept zur Erweiterung der Zulassungen von Mischbetrieben erarbeitet um veränderten Bedürfnissen des Einzelhandels gerecht werden zu können. Daher wurde mit Vorlage 22/2025 die Zulassungspraxis für Mischbetriebe angepasst.

Nachdem das geänderte Bedürfnis zum Aufenthalt im Freien sich auch bei den Mischbetrieben zeigt, stieg auch hier in den letzten Jahren die Nachfrage nach Außenplätzen. Dem soll nun Rechnung getragen werden, indem die Anzahl der zulässigen Außenplätze von maximal 5 auf maximal 10 Sitzplätze angehoben wird. Übersteigt die Gesamtanzahl der Sitzplätze 15, so wird der Nachweis einer Gäste-Toilette gefordert. Da es sich um Einzelhan-

delsbetriebe handelt, besteht anders als in konzessionierten Gaststätten baurechtlich kein Herstellungserfordernis. Durch die Erweiterung des Toilettenangebots kann der Druck auf öffentliche Toiletten und „Nette Toiletten“ der Gastronomiebetriebe abgemildert werden.

Sowohl bei den Außenflächen der konzessionierten Gastronomie, wie auch bei den Außenplätzen der Mischbetriebe ist die Nutzung von Heizpilzen in Tübingen seit jeher untersagt. Das Verbot wird auch weiterhin in der jeweils jährlich erteilten Sondernutzungserlaubnis geregelt.

3. Vorschlag der Verwaltung

Die Richtlinien über die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen werden hinsichtlich der Außenbewirtschaftung auf öffentlicher Fläche gem. Anlage 1 geändert.

4. Lösungsvarianten

1. Die Richtlinien über die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen werden nicht geändert.
2. Die Richtlinien über die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen werden mit Änderungen des Gemeinderats beschlossen.